



# Bürgerveranstaltung

## „Oststeinbek 2030“

am 30.06.2017



**Protokoll**



Datum: 30.06.2017

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 21:00 Uhr

## 1. Begrüßung und Planungsvorstellung

Bürgermeister Hettwer begrüßt die ca. 230 interessierten Oststeinbekerinnen und Oststeinbeker und erläutert den Ablauf des Abends. Anschließend stellen die Fachplaner ihre Planungen sowie deren Sachstand dar. Für die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes wurde das Büro für Bauleitplanung (Herr Uwe Czierlinski) aus Bornhöved, beauftragt. Die Neuaufstellung des Landschaftsplanes erarbeitet das Büro ALSE Planungsgesellschaft Landschaftsarchitektur (Herr Dr. Florian Liedl) aus Selent. Für das Verkehrskonzept ist das Büro Wasser- und Verkehrs- Kontor (Herr Hinz) aus Neumünster beauftragt.



Abb. 1: Vorstellung der Planinhalte durch die beauftragten Fachplaner, Herr Hinz (Verkehrskonzept, Herr Czierlinski (Flächennutzungsplan), Herr Dr. Liedl (Landschaftsplan), v.l.n.r.

## 2. Fragemöglichkeiten der Oststeinbekerinnen und Oststeinbeker

Den Bürgerinnen und Bürgern wird für 45 Minuten die Möglichkeit gegeben, Fragen zu den vorgestellten Planungen an die Fachplaner oder die Verwaltung zu stellen.

Herr W. fragt an, ob und in welcher Form eine Kooperation zwischen den Nachbargemeinden besteht und ob sich diese auch Gedanken über die Verkehrsentwicklung in Oststeinbek durch ihre Neubauvorhaben machen. Herr Czierlinski erläutert, dass die Bauleitplanungen immer nur gebietsbezogen sind. Die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TÖBs) und der Nachbargemeinden ist aber im Baugesetzbuch in § 2 II BauGB geregelt. Dort haben die Nachbargemeinden (z.B. Oststeinbek bei Bauleitplanverfahren in Glinde) die Möglichkeit, eine Stellungnahme zu den Planungen abzugeben. Eine direkte Einflussnahme auf die Planung gibt es nicht. BM Hettwer ergänzt, dass die Stellungnahme der Gemeinde dann im Laufe des Verfahrens abgewogen wird und die Kommune durch die kommunale Planungshoheit letztendlich entscheidet, wie und in welcher Form die Stellungnahme der Nachbargemeinde Berücksichtigung findet. Etwa zweimal jährlich findet ein Austausch mit allen Bürgermeistern der Nachbargemeinden statt, so ist auch Oststeinbek immer informiert, was diese planen.



Frau B. erkundigt sich, ob die Ampelschaltungen auf der Möllner Landstraße verändert werden können, damit der Durchgangsverkehr gebremst wird. BM Hettwer erläutert, dass es sich bei der Möllner Landstraße um eine Landesstraße handelt, die dem Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr (LBV) unterliegt. Die Gemeinde selber hat keinen direkten Einfluss auf die Signalsteuerung. Wie der Vortrag von Herrn Hinz aber zeigt, sind drei nicht-beampelte Knotenpunkte aktuell nicht leistungsfähig und benötigen eine Lichtsignalanlage. Durch neue Signalanlagen wird der Verkehr dann zusätzlich gebremst. Es stellt sich aber auch die Frage, inwieweit die Gemeinde dann auch selber negativ betroffen ist, wenn rund 40 % des Verkehrs auf der Möllner Landstraße gemeindeeigener Quell- und Zielverkehr ist.



Abb. 2: Rund 230 Bürger haben teilgenommen

Herr H. fragt an, ob schon Gründe bekannt sind, wieso der Verkehr in ca. fünf Jahren um 4.000 – 5.000 Pkw zurückgegangen ist. Herr Hinz erklärt, dass es noch keine direkten Hinweise für die Gründe des Verkehrsrückganges gibt. In dem Zeitraum hat es keine großen neuen Baugebiete in Oststeinbek gegeben.

Herr S. stellt die Frage, ob er mit dem Anbau seines Bestandsgebäudes nun auch bis 2030 warten muss. Der gültige Bebauungsplan für sein Grundstück stammt aus 1980. BM Hettwer erklärt, dass der neue Flächennutzungsplan hier keinen direkten Einfluss auf bereits vorhandene Wohnbebauung hat. Dieser legt lediglich fest, ob dort Wohnbebauung sein soll. Die konkreten Bebauungsmöglichkeiten werden durch den Bebauungsplan festgelegt. Hier wird das Thema Innenentwicklung berührt. Ist es von der Politik gewünscht, die Innenentwicklung und Nachverdichtung weiter zu forcieren, müsste die Politik über eine Änderung des Bebauungsplanes nachdenken. Herr Czierlinski ergänzt, dass zur Förderung der Innenentwicklung auch gerade von der Verwaltung ein detailliertes Baulückenkataster erarbeitet wird.

Herr B. erkundigt sich, warum der Flächennutzungsplan überhaupt geändert werden muss. Dieser würde doch bereits allen Bedürfnissen gerecht werden. Ein neuer Flächennutzungsplan hingegen würde nur den Eigentümern und Bauträgern Vorteile verschaffen, nicht aber den Bewohnern vor Ort. BM Hettwer erklärt, dass im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes festgelegt werden soll, ob die Gemeinde sich überhaupt in der Fläche entwickeln will. Keine gewünschte Entwicklung ist auch eine Entscheidung. BM Hettwer ergänzt, warum es dennoch gute Gründe für ein Wachstum gibt. Zum einen erhält die Verwaltung zahlreiche Anfragen von Familien nach Wohnraum. Auch Wohnraum für Feuerwehrleute fehlt. Ebenso das Thema Seniorenwohnen kann auch über einen neuen Flächennutzungsplan vorangetrieben werden. Gleichzeitig kann durch die Ausweisung von neuen Flächen dem demographischen Wandel entgegengewirkt werden. Mit der Flüchtlingskrise ist die Bevölkerung kurzfristig auf 9.150 Personen angestiegen. Mittlerweile befindet sich die Zahl wieder bei 8.950 Einwohnern. Zwar wird ein leichtes Wachstum durch den generellen Generationswechsel stattfinden, doch kann durch die Ausweisung neuer Flächen ein gesundes Wachstum ermöglicht werden.



Herr B. spricht an, dass dann bedingt durch den demographischen Wandel ja vor allem Seniorenwohnungen benötigt werden. BM Hettwer erläutert, dass das Thema noch immer weit oben auf der Tagesordnung steht. Herr Czierlinski ergänzt, dass die Ausweisung neuer Flächen nicht nur Einfamilienhäuser beinhalten muss. Es geht dabei um die Ausweisung von bedarfsgerechten Wohnangeboten, die auch Seniorenwohnungen beinhalten können. Bei Havighorst ist aber darauf zu achten, dass die Entwicklung von 2010 bis 2025 auf 15 % begrenzt ist. Dabei werden für die Entwicklung nicht Wohngebäude gerechnet, sondern Wohneinheiten. Das bedeutet, dass bei einem größeren Gebäude mit vielen Wohneinheiten diese alle von dem Kontingent abgezogen werden müssen.



Abb. 3: Bürgerfragestunde

Frau K. wirft ein, dass vor der Ausweisung neuer Flächen in Havighorst zunächst einmal alle vorhandenen Bebauungspläne überarbeitet und vereinheitlicht werden sollten. So könnte man ebenfalls zahlreiche weitere Wohneinheiten schaffen, ohne neue Flächen auszuweisen. BM Hettwer berichtet, dass es diesbezüglich schon mehrfach Diskussionen im Ortsbeirat gab. Vor einigen Jahren wurden einzelne Bereiche bewusst herunterzotiert und z.B. die Anzahl der Wohneinheiten begrenzt, da kein weiteres Wachstum gewünscht war. Mit dem Neubaugebiet „Tiefe Wiesen (Grünes Tal)“ und „Westend (Will-

hörn)“ sowie der Innenentwicklung war zu dieser Zeit die Bevölkerung von 7.800 auf heute knapp 9.000 Einwohner angestiegen.

Herr B. greift das Thema der Innenentwicklung auf und spricht sich ebenfalls für Änderungen der vorhandenen Bebauungspläne und eine mögliche Hinterliegerbebauung aus. BM Hettwer erläutert, dass dies durch verschiedene Bebauungspläne bereits teilweise umgesetzt wurde. In der Gerbersstraße wurde sich zum Schutz des Forellenbachparks aber schon einmal dagegen entschieden. Zur Förderung der Innenentwicklung wird daher auch gerade die Potenzialflächenanalyse von der Verwaltung durchgeführt. Herr Czierlinski erläutert, dass durch Änderung der Bebauungspläne eine Nachverdichtung realisiert werden könnte. Innerhalb der Gemeinde gibt es sehr viele Bebauungspläne, in denen noch die alte Baunutzungsverordnung (BauNVO) gilt.

Herr D. erkundigt sich, ob im Verkehrskonzept auch eine Umgehungsstraße geplant wird. Herr Hinz erläutert, dass es zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine sinnvolle Variante gibt. Die Südumfahrung müsste zum Teil über Hamburger Gebiet laufen. Das macht eine Durchführbarkeit sehr schwierig. Eine Nordumgehung ist auch als schwierig anzusehen. Momentan wird aber bereits über eine innerörtliche Entlastungsmöglichkeit der Möllner Landstraße vom innerörtlichen Verkehr aus den nördlichen Wohngebieten in Richtung Gewerbegebiet diskutiert.

Herr G. erkundigt sich nach dem Sachstand zur Sanierung der Möllner Landstraße im kommenden Jahr durch den LBV und möchte wissen, wie die Bauphase durchgeführt wird. BM Hettwer erwidert,



dass in der vergangenen Gemeindevertretung der Auftrag an die Verwaltung erteilt worden ist, mit dem LBV in Kontakt zu treten, um den Planungsprozess abzustimmen. Herr Hinz sagt aus, dass bei Baumaßnahmen vom LBV die Umgehungsführung nur über Landes-, Kreis- oder Bundesstraßen erfolgt. Gemeindestraßen werden bei der Umleitungsführung nicht hinzugezogen. Es muss gewährleistet sein, dass jedes einzelne Grundstück während der Bautätigkeit auf der Möllner Landstraße erreichbar bleibt.



Abb. 4: Bürgerfragestunde

Herr B. erkundigt sich, ob die bestehenden Gleisanlagen in Havighorst zweigleisig ausgebaut werden und als U-Bahn-Trasse genutzt werden könnten. Herr Hinz erläutert, dass dies nicht im Zuständigkeitsbereich der Gemeinde liegt.

Herr W. erkundigt sich nach der U-Bahntrasse, die im gültigen Flächennutzungsplan besteht. BM Hettwer erläutert, dass diese Trasse im neuen Flächennutzungsplan nicht mit übernommen wird.

Herr B. spricht ein Lob an die Gemeinde aus, dass der ÖPNV in Havighorst nun verbessert worden ist.

Herr H. erkundigt sich, wie mit den Altlastenverdachtsflächen umgegangen wird und wie bei einer möglichen Entwicklung dieser Flächen das Verfahren aussieht. Herr Lidl gibt bekannt, dass die Hinweise auf die Altlastenverdachtsflächen nachrichtlich übernommen werden. Sobald die Flächen planerisch entwickelt werden, müssen die Altlasten untersucht werden. Anhand der Ergebnisse entscheidet sich der weitere Umgang mit den Altlasten und den Flächen.

Herr H. spricht sich dafür aus, dass in Havighorst keine weiteren Baugebiete ausgewiesen werden und somit der dörfliche Charakter erhalten bleiben soll. Durch die Innenentwicklung ist ausreichend Potenzial vorhanden.

Herr B. erläutert, dass die Entwicklung der Gemeinde durch die vorhandenen Infrastruktureinrichtungen endlich ist. Eine Überlastung der Straßen im Gemeindegebiet ist zu erkennen. Weiterhin sollten die Planungen der Nachbargemeinden im Auge behalten werden. BM Hettwer erwidert, dass die Beteiligung bei Planungen der Nachbarn besteht. Hierbei ist aber zu bemerken, dass dadurch keine Verhinderung erfolgt. Nach Landesentwicklungsplan ist ein Wachstum auf der Achse gewünscht.

Herr K. ist mit der bestehenden Planung im Ort zufrieden. Die Politik muss sich aber Gedanken machen, wohin die Entwicklung gesteuert werden soll. BM Hettwer erläutert, dass dies geschieht. Im Landesentwicklungsplan ist Oststeinbek als Verdichtungsraum ausgewiesen.

Herr G. spricht sich dafür aus, dass die Feldmark um die Ortslagen für eine städtebauliche Entwicklung nicht angetastet werden soll.

BM Hettwer beendet nach 45 Minuten die Fragestunde und bedankt sich für die zahlreichen Anregungen der Bürger.

### 3. Workshops

Drei verschiedene Workshops zu folgenden Themen: Siedlungsentwicklung (Wohnen und Gewerbe), Verkehr und Landschaft/Umwelt standen zur Auswahl, in denen die Bürger für ca. 75 Minuten die Möglichkeit hatten, zusammen mit dem Fachplanern und Vertretern aus der Verwaltung ihre Ideen, Anregungen und Bedenken in die künftige Planung einzubringen. 49 Personen nahmen an der Arbeitsgruppe Siedlungsentwicklung, 37 Personen an der Arbeitsgruppe Verkehr und 14 Personen an der Arbeitsgruppe Landschaft/Umwelt teil.

#### 3.1 Arbeitsgruppe Siedlungsentwicklung

Der aktuelle Planungsstand des Flächennutzungsplanes mit den eingezeichneten möglichen Potenzialflächen, die in der Arbeitsgruppe für eine mögliche Siedlungsentwicklung ermittelt wurden, liegt auf dem Gruppentisch aus. Die Teilnehmer haben die Möglichkeit, sich zu den Planungen zu äußern. Für Fragen stehen Herr Czierlinski vom Büro für Bauleitplanung aus Bornhöved sowie Frau Hoffmann von der Verwaltung zur Verfügung.

Ein Teilnehmer spricht den Aspekt der Verhältnismäßigkeit der Ausweisung von Potenzialflächen in Havighorst an. Die Potenzialflächen entsprechen etwa einem Drittel der Fläche des heutigen Ortsteils Havighorsts. Herr Czierlinski erläutert, dass es sich dabei zunächst einmal um Optionen handelt, es ist noch nicht beschlossen, ob und in welcher Form diese Potenzialflächen aufgenommen werden. Deshalb sind die Potenzialflächen zudem auch in zwei Größen unterteilt. Es kann auch nur ein Teil der Fläche aufgenommen werden. Dennoch ist es sinnvoll, mehrere Flächen erst einmal auszuweisen, um sich Optionen offen zu halten. Umgesetzt werden diese erst mit einem Bebauungsplan. Die Ausweisung mehrerer Flächen macht es möglich, dass man Alternativen hat und nicht nur auf einen Eigentümer angewiesen ist, was sich ebenfalls positiv auf den Bodenpreis auswirkt. Insgesamt sind rund 90 Wohneinheiten im Zeitraum von 2010 bis 2025 in Havighorst möglich. Abzüglich der Baufertigstellungsanzeigen und der vorhandenen Reserven kann von rund 50-60 Wohneinheiten für Havighorst ausgegangen werden. Pro Hektar Einfamilienhausbebauung kann man von rund 14 Wohneinheiten ausgehen. Durch die 15 % Wachstumsbegrenzung würde die Landesplanung die Ausweisung aller Flächen nicht genehmigen und nur rund 4 ha ermöglichen. Daher müssen die Flächen vermutlich sowieso begrenzt werden.

Ein Teilnehmer führt als Negativbeispiel für Siedlungsentwicklung das Neubaugebiet „Schuhmacher Wiese“ auf. Ein weiteres Neubaugebiet dieser Art soll nicht entstehen. Herr Czierlinski erklärt, dass der Flächennutzungsplan nur die Nutzung, aber nicht die genaue Ausgestaltung des Baurechtes vorgibt. Der Flächennutzungsplan sagt nur aus, dass dort z.B. Wohnen stattfinden soll. In welcher Form



Abb. 5: Arbeitsgruppe Siedlungsentwicklung



(Gebäudehöhe, Dichte etc.) regelt dann wiederum der Bebauungsplan, der später aus dem Flächennutzungsplan heraus entwickelt werden soll.

Eine weitere Potenzialfläche befindet sich gegenüber der Feuerwehr in Havighorst. Bedingt durch die Emissionen des angrenzenden landwirtschaftlichen Betriebes ist dort aber kein dauerhaftes Wohnen und Arbeiten möglich. Angedacht werden könnte hier auch eine Gemeinbedarfsfläche, erläutert Herr Czierlinski.

Ein Teilnehmer regt an, dass Innenentwicklung und Arrondierung vor Außenentwicklung stehen sollte. Wohngebiete sollten nicht in den Grüngürtel geschoben werden. Als Innenentwicklung eignet sich die Fläche nördlich Breedenweg. Die Fläche nördlich Heidlohe sowie westlich Birkenhain findet der Teilnehmer aus Gründen der Ausuferung in den Grüngürtel und unter verkehrlichen Aspekten



Abb. 6: Arbeitsgruppe Siedlungsentwicklung

nicht sinnvoll. Diese Bereiche liegen deutlich außerhalb des Einzugsbereiches der ÖPNV-Haltestellen. Eine Entwicklung aus verkehrlicher Sicht ist auf diesen Flächen seiner Meinung nach eher kontraproduktiv.

Herr Czierlinski erläutert, dass die Fläche westlich Birkenhain mit von der Arbeitsgruppe aufgenommen wurde, weil diese außerhalb des Landschaftsschutzgebietes liegt. Zudem eignet sie sich mit ihrer 75 m Breite sehr gut mit einer mittigen Erschließung als Wohnbauland. Zudem gibt es bereits erste

Überlegungen für eine nördliche Entlastungsstraße, welche vor allem den Verkehr aus

den nördlichen Wohnstraßen abführen soll. Die Planungen stehen aber noch am Anfang. Die Flächen nördlich Birkenhain sowie südlich Friedhof waren bereits 1973 im Flächennutzungsplan mit aufgenommen. Hier stellt sich die Frage, ob diese beibehalten oder ggf. wieder herausgenommen werden sollen. Dennoch wird Siedlungsentwicklung unabhängig der Lage immer Verkehr nach sich ziehen. Der Teilnehmer regt noch an, dass die Fläche westlich Birkenhain in ihrer jetzigen Darstellung in die freie Landschaft wie ein Sägezahn auszufert. Eine Erweiterung der Fläche bis runter zur Möllner Landstraße wäre hier sinnvoll. Dies ist aber durch die im Süden ansässige Firma Hartmann nicht möglich. Ein weiterer Teilnehmer wirft ein, dass die Planungen für die nächsten 20 Jahre sind und Optionen, auch wenn sie jetzt gerade nicht entwickelt werden wollen, offen gehalten werden sollten. Die Gemeinde soll sich durch Nicht-Ausweisung von Flächen nicht eine mögliche Entwicklung verbauen. Gerade dem Konflikt, dass die Kinder zurück in die Gemeinde kommen und einen Bauplatz suchen, muss Rechnung getragen werden.

Die Entwicklung Havighorsts wird erneut thematisiert. Herr Czierlinski erläutert noch einmal, dass nicht alle Flächen unbedingt mitaufgenommen werden müssen. Die Politik entscheidet letztendlich, welche Flächen in den neuen Flächennutzungsplan kommen. Es kann sich aber auch um Vorratsflächen handeln. Das Land Schleswig-Holstein muss den Flächennutzungsplan genehmigen. Planungen sollten gut durchdacht und langfristig sein. Änderungen des gerade neu aufgestellten Flächennutzungsplanes sind sehr schwierig. Ein Bürger wirft noch ein, dass dennoch die Gefahr besteht, dass, wenn jetzt Vorratsflächen ausgewiesen werden, diese dann doch zeitnah entwickelt werden.



Ein Teilnehmer fragt an, wieso nicht zwischen den Ortsteilen Havighorst und Oststeinbek Potenzialflächen ausgewiesen werden. Schließlich liegen die zwei Ortsteile 1,8 km auseinander und könnten so näher zusammenrücken. Herr Czierlinski erläutert, dass dort ein regionaler Grünzug und das Landschaftsschutzgebiet liegt, welches eine Entwicklung nahezu unmöglich machen. Trotz der Restriktionen hat sich die Arbeitsgruppe aber dazu entschieden, an der Stormarnstraße zwischen dem Ortsteil Oststeinbek und Havighorst eine Fläche für Gemeinbedarf auszuweisen. Er selber hält das Vorhaben eher für ausgeschlossen, die Arbeitsgruppe hat sich aber dafür entschieden, die Fläche dennoch erstmals mitaufzunehmen. Herr Hametner (GV) wirft ein, dass dort angedacht ist, vielleicht den Bauhof und eine gemeinsame Feuerwehr unterzubringen.



Abb. 7: Arbeitsgruppe Siedlungsentwicklung

Ein Teilnehmer fragt an, wieso denn jetzt schon nur so sparsam Flächen ausgewiesen werden sollen, schließlich laufen die Planungen bis 2035 und durch Nicht-Ausweisung kann die Entwicklung „gefeselt“ werden. Herr Czierlinski spricht ebenfalls nochmal die Problematik der Ziele der Landesplanungen an. Während das Baugesetzbuch in kürzester Zeit mehrfach im Sinne der Innenentwicklung geändert wurde, wird die gemeindliche Entwicklung durch Vorgaben der Landesplanung erschwert und gehemmt.

Ein Teilnehmer schlägt daher dennoch Flächen entlang der Dorfstraße zur Siedlungsentwicklung vor. Auch wenn landesplanerische Restriktionen auf diesen Flächen liegen, sollte man dies trotzdem erstmal probieren. Es muss eine Lösung gefunden werden, wie Oststeinbek zukunftsgerecht auf eine angemessene Einwohnerzahl kommt, um vor der Gefahr der Zusammenlegung kleinerer Gemeinden geschützt zu sein, ohne dabei den eigentlichen Charme der Gemeinde zu verlieren. Ein Grundstückseigentümer schlägt ebenfalls noch einmal seine Flächen nördlich Havighorst, westlich der Dorfstraße für eine denkbare Siedlungsentwicklung vor. Ein weiterer Teilnehmer schlägt Flächen im Süden vor, angrenzend an Hamburg neben dem Sportplatz Havighorst. Herr Czierlinski erläutert, dass es sich dabei um ein Landschaftsschutzgebiet handelt. Zudem sind die aufgezeigten Flächen sehr klein und befinden sich zum Teil direkt an den Bahnschienen, was eine Umsetzung hemmt.

Ein Bürger wünscht, dass eine flächendeckende schriftliche Bürgerbefragung oder eine Internetbefragung zum Thema der künftigen Gemeindeentwicklung an alle Einwohner erfolgen soll. Frau Hoffmann erläutert, dass der große Aufwand personell nicht zu stemmen ist, für eine schriftliche Bürgerbefragung und zur frühzeitigen Bürgerbeteiligung diese Veranstaltung ins Leben gerufen wurde, damit jeder die Möglichkeit hat, sich in die Planungen einzubringen. Herr Czierlinski erläutert, dass es zur endgültigen Entscheidung ja das politische Gremium, welches von den Bürgern gewählt wurde, gibt. Darüber hinaus ist die Rücklaufquote mit maximal 20 % bei solchen Befragungen sehr gering. Vor allem kritische Stimmen würden sich bei Bürgerveranstaltungen und in solchen Befragungen äußern. Wer zufrieden ist, hält sich häufig eher zurück.



Ein Bürger wirft noch ein, dass es vor allem die Grundstückseigentümer und Bauträger sind, die eine Entwicklung favorisieren.



Abb. 8: Arbeitsgruppe Siedlungsentwicklung

Eingebracht wird ebenfalls die problematische Oberflächenentwässerung vor allem in Havighorst. Dieses Problem wird durch weitere Potenzialflächen immer weiter verschärft. Auch zieht jede neue Fläche Verkehr mit sich. Problematisch ist, dass alle Potenzialflächen durch vorhandene Wohnstraßen erschlossen werden. Für die Erschließung dieser müsste eine neue Erschließungsstraße realisiert werden. Entwässerung und das Verkehrsproblem muss vor einer möglichen Siedlungsentwicklung geklärt werden. Frau Hoffmann erläutert, dass gerade vom Zweckverband ein ganzheitliches Entwässerungskonzept für Havighorst erarbeitet wird

und dass die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes von einem Verkehrskonzept begleitet wird, welches die verkehrlichen Auswirkungen abschätzen soll.

Eine weitere Teilnehmerin erkundigt sich nach der Nachnutzung des ehemaligen Schulgeländes. Frau Hoffmann erläutert, dass momentan die Vorbereitungen für einen Architektenwettbewerb für die neue Grundschule laufen, wobei auch der Flächenbedarf ermittelt werden soll. Zusätzlich sollen einzelne Bestandsgebäude, wie Hort und Kindergarten auf der Fläche erhalten bleiben. Momentan ist es denkbar, dass der nördliche Teil der Bestandsfläche je nach Flächenbedarf weiterhin als Gemeinbedarfsfläche festgelegt ist, der südliche Teil, wenn dieser nicht benötigt werden würde, ggf. als Wohnbaufläche entwickelt werden könnte.

#### **Zusammenfassende Punkte der Arbeitsgruppe Siedlungsentwicklung:**

- Diskussion konzentrierte sich vorwiegend auf Havighorst,
- Kein größeres Wachstum gewünscht,
- Innenentwicklung ist vor Außenentwicklung zu forcieren,
- Nachverdichtung durch Änderung der vorhandenen Bebauungspläne vor Ausweisung neuer Flächen,
- Keine Neubaugebiete im Stil der Schuhmacher Wiese,
- Der Verkehr und die Entwässerung sind bei jeder neuen Fläche problematisch,
- Bei den Potenzialflächen muss der Verkehr immer durch vorhandene Wohnstraßen gelenkt werden,
- Potenzialflächen entlang der Dorfstraße nördlich des Ortsteils Havighorst sind vorstellbar,
- Eine Befragung aller Bürger zum Thema Siedlungsentwicklung wäre wünschenswert,
- Vorratsflächen sollten geschaffen werden, um eine Entwicklung nicht zu behindern und Optionen offen zu halten (auch im Hinblick auf die Gefahr der Zusammenlegung kleinerer Gemeinden),

- Durch Vorgaben der Landesregierung wird die Siedlungsentwicklung gehemmt (15 % Wachstum, regionaler Grünzug).

### 3.2 Arbeitsgruppe Verkehr

An der Wand hängt ein Luftbild der Gemeinde Oststeinbek. Weiterhin sind Straßenkarten vorhanden. Die Teilnehmer haben die Möglichkeit, sich zu der aktuellen verkehrlichen Situation im Gemeindegebiet zu äußern. Zur Beantwortung von Fragen stehen Herr Hinz vom Büro Wasser- und Verkehrs- Kontor GmbH aus Neumünster sowie Herr Blaudszun von der Verwaltung zur Verfügung.

In der Arbeitsgruppe wird mit den Teilnehmern sehr intensiv über die Möglichkeiten einer Umgehungsstraße diskutiert. Anhand des Luftbildes werden von den Teilnehmern die unterschiedlichsten Varianten vorgeschlagen. Sowohl eine nördliche, als auch eine südliche Umgehungsstraße sind in der Diskussion. Herr Hinz macht den Teilnehmern deutlich, dass durch eine mögliche Umgehungsstraße die Feldmark um den Oststeinbeker Ortskern zerschnitten wird. Es sind mit sehr vielen Flächeneigentümern Verhandlungen zu führen. Für eine mögliche Südum-



Abb. 9: Arbeitsgruppe Verkehr

fahrung sind Gespräche mit der Freien und Hansestadt Hamburg zu führen. Ein Planfeststellungsverfahren ist für eine südliche Variante wohl nicht zu umgehen. Herr Hinz macht weiterhin deutlich, dass mit dem Bau einer Umgehungsstraße eine deutliche Verbesserung für den Nutzer zu erkennen sein muss. Die Anbindung an die Möllner Landstraße muss so erfolgen, dass der Nutzer automatisch auf die Umgehungsstraße geführt wird. Aus verkehrsplanerischer Sicht ist dies aber nicht der Fall. Herr Blaudszun berichtet, dass eine Anbindung nach Osten von der Stadt Glinde nicht gewünscht ist. Ein weiterer Teilnehmer aus der Arbeitsgruppe bringt die Idee auf, an der Autobahn A24 eine zusätzliche Auffahrt zu realisieren und eine Anbindung aus dem Ortsgebiet zu schaffen. Somit ist eine Entlastung der Ortsmitte zu erwarten. Herr Hinz sagt aus, dass in diesem Bereich der A24 keine weitere Auffahrt möglich ist, da das Autobahnkreuz zu nah an dieser liegen würde.

Herr Hinz erläutert, dass eine Verbindungsstraße im Norden des Gemeindegebietes von Oststeinbek, kommend von der Kampfstraße bis zum Willinghusener Weg, eine Entlastung der Möllner Landstraße mit sich bringen wird. Durch die Aufteilung des Ortsteils Oststeinbeks in sechs Teilbereichen ist es immer notwendig, über die Möllner Landstraße in die jeweils anderen Gebiete zu gelangen. Eine Entlastung der von Norden kommenden Knotenpunkte auf die Möllner Landstraße kann somit sichergestellt werden. Weitere Vorteile wären die Erschließung der angedachten Potenzialflächen für Wohnen und Gewerbe im nördlichen Gemeindegebiet.

Von den Teilnehmern wird gefordert, dass die Situation auf der Möllner Landstraße für den durchfahrenden Verkehr so unangenehm wie möglich gestaltet werden muss (Lichtsignalanlagen, Fuß- und Radübergänge sowie Radwege auf die Fahrbahn).



Abb. 10: Arbeitsgruppe Verkehr

Weiterhin wird über das Thema Radwege und Radverkehr sehr ausgiebig gesprochen. Den Teilnehmern liegt viel an dem Ausbau der Radwege und der Schaffung weiterer Anbindungen in alle Himmelsrichtungen. Wenn die Radwege weiter ausgebaut sind, ist es möglich, besser an die bestehenden U-Bahnstationen zu gelangen. Weiterhin wird der Radweg zwischen den beiden Ortsteilen Havighorst und Oststeinbek als unzureichend dargestellt. Die Radwege entlang der Möllner Landstraße sollten, bei der Sanierung dieser, eventuell auf die Fahrbahn gebracht werden. Somit ist gewährleistet, dass der Radfahrer zügig durch den Ort gelangt. Heutige bestehende Hindernisse fallen somit weg. Die Ausschilderung der Fahrradrouten kann ausgebaut werden. Viele Wege bestehen, sind aber nicht bekannt. In Richtung Glinde müsste ein Lückenschluss erfolgen, um dem Radverkehr die Möglichkeiten einer schnellen und sicheren Verbindung zu gewährleisten. Mietradstationen sollten sich im Ort ansiedeln (auch e-Bikes).

Beim Thema ÖPNV wird über die Verlängerung der U-Bahn in Richtung Glinde diskutiert. Den Teilnehmern wird erläutert, dass die Trasse für die U-Bahnverlängerung aus dem Flächennutzungsplan genommen wird. Weiterhin schlägt ein Teilnehmer vor, die Bahntrasse Boberg-Glinde als U-Bahntrasse auszubauen. Herr Hinz macht deutlich, dass es sich bei dieser Bahntrasse um eine Privatbahn handelt.



Abb. 11: Arbeitsgruppe Verkehr

Von den Teilnehmern wird vorgeschlagen, an vielen Knotenpunkten der Gemeinde Oststeinbek Kreisverkehre zu entwickeln. Nach Ansicht der Teilnehmer kann so der Verkehrsfluss verbessert werden. Herr Hinz erläutert, welche Voraussetzungen für einen Kreisverkehr nötig sind. Weiterhin gibt er zu bedenken, dass nicht an jedem Knotenpunkt die Entwicklung eines Kreisverkehrs sinnvoll ist. Eine Einzelprüfung muss erfolgen.

Die Erschließung der Schule wird in der Arbeitsgruppe beraten. Festgehalten wird, dass ein großer Teil der Verkehre durch das Bringen und Holen der Schüler entsteht. Über eine mögliche Kiss and Go Zone wird nachgedacht. Einige Teilneh-



mer sehen diese Zone eventuell nicht in der Nähe der Schule, um die Wohngebiet zu entlasten. Der Schulweg sollte sicher ausgebaut sein.

#### **Zusammenfassende Punkte der Arbeitsgruppe Verkehr:**

- Bau einer Umgehungsstraße für Oststeinbek wünschenswert,
- Verbesserung und Ausbau der Radwege (zwischen Havighorst und Oststeinbek, entlang der Möllner Landstraße ist notwendig,
- Verbesserung der Anbindung für den Radverkehr an die Nachbargemeinden im Norden und Osten sowie an die U-Bahnstationen sollte angestrebt werden,
- Schaffung einer Leihstation für Fahrräder zur Förderung des Radverkehrs,
- Entlastungsstraße im Norden des Gemeindegebietes denkbar,
- Schaffung einer U-Bahnanbindung in Oststeinbek sowie auf der bestehenden Bahntrasse in Havighorst nach Glinde,
- Schaffung von Kreisverkehren an unterschiedlichen Knotenpunkten,
- Tempo 30 im gesamten Gemeindegebiet sollte angestrebt werden,
- Verbesserung und Sicherung des Schulweges,
- ÖPNV-Anbindung in Oststeinbek ist als gut anzusehen. In den Hauptverkehrszeiten wäre ein Halbstundentakt in Havighorst wünschenswert,
- Förderung von alternativen Verkehrsangeboten wie E-Bikes oder Carsharing.

### **3.3 Arbeitsgruppe Landschaft und Umwelt**

Die Teilnehmer haben die Möglichkeit, an den Zielsetzungen für den Landschaftsplan mitzuwirken. Zur Beantwortung der aufkommenden Fragen stehen Herr Dr. Liedl und Frau Schulze-Böttcher vom Büro ALSE GmbH sowie Frau Kral von der Verwaltung zur Verfügung.

Zunächst wird von Herrn Dr. Liedl die allgemeine Funktion des Landschaftsplanes, vor allem in Abgrenzung zum Flächennutzungsplan dargelegt. Die Gemeinde ist gemäß § 9 des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) verpflichtet, einen Landschaftsplan aufzustellen und fortzuschreiben.



**Abb. 12: Arbeitsgruppe Landschaft und Umwelt**

Im Vergleich zum Flächennutzungsplan, der lediglich eine Kartendarstellung hat, die Bestand und Zukunft abbildet, besteht der Landschaftsplan aus mehreren Karten. Dieser umfasst zum einen eine Bestandskarte, die die aktuelle „Ist-Situation“ abbildet, eine Analyse- und Bewertungskarte, die Konflikte und Problemstellungen aufzeigt, als auch eine Zukunfts- bzw. Planungskarte, die einen Entwicklungszeitraum von ca. 15 Jahren abbilden soll. Frau Schulze-Böttcher beschreibt detailliert, was alles in den jeweiligen Karten abgebildet ist, wie z.B. Biototypen, Landschaftsschutzgebiete, Ausgleichsflächen und Aufforstungsflächen für

Wald). Zusätzlich zu den Kartendarstellungen enthält der Landschaftsplan eine Begründung, in der die Zielsetzungen ausformuliert werden. In den Landschaftsplan können auch Aspekte des Landschaftsbildes mit aufgenommen werden, die durch subjektive Empfindungen begründet sind. Daher betont Frau Schulze-Böttcher, dass die Mitwirkung von Bürgern bei der Ausarbeitung des Landschaftsplanes einen wichtigen Faktor darstellt. Hinweise zu zentralen Blickachsen, ortsbildprägenden

Bäumen und markante Landschaftselemente sind daher erwünscht. Ortsbildprägende Bäume sind solche ab einem Durchmesser von 63 cm. Aber auch solche mit geringerem Durchmesser sollen im Landschaftsplan durchaus mit aufgenommen werden, die auf eine andere Art und Weise ortsbildprägend sind.

Alle o.g. Kartendarstellungen liegen an den Gruppentischen aus und sind Bestandteil der Diskussion. Ein Teilnehmer fragt, wie aktuell die Bestandskarte ist. Herr Dr. Liedl führt aus, dass eine Kartierung derzeit erfolgt, aber noch Lücken vorhanden sind, die nach und nach gefüllt werden. Der Landschaftsplan hat dann folglich den Stand 2017, eine Aktualisierung sollte nach 5 Jahren erfolgen. Von einem Teilnehmer taucht die Frage auf, ob z.B. auf dem Doppelredder südlich des Willinghusener Weges Bäume gesondert aufgenommen werden. Dies wird von Herrn Dr. Liedl verneint mit dem Hinweis, dass Bäume auf Knicks bereits jetzt als Überhälter geschützt sind.

Ein Teilnehmer führt an, dass sie im Bestandsplan ein Biotop vermisst, das sich am Eich gegenüber des Kriegsdenkmals befindet (Araditschen Kuhle). Dieses wird nun von der Landschaftsplanerin untersucht und dann ggf. in den Landschaftsplan mit aufgenommen.

Als besonders schützenswerte Flächen werden von diversen Teilnehmern die Glinder Au, der Forellenbach und das Biotop Birkenhain identifiziert. Auch stellen diese Flächen die Orte dar, an denen sich viele Teilnehmer im Hinblick auf die Naherholung ganz besonders wohl fühlen. Daher hat deren Schutz oberste Priorität.



Abb. 13: Arbeitsgruppe Landschaft und Umwelt

Ein Teilnehmer spricht sich ganz klar dafür aus, regionale Grünzüge, wie z.B. im Bereich nördlich Breedenweg/südlich Willinghusener Weg, nicht zu durchschneiden. Eine Wohnbebauung soll hinter dem Landschaftsschutz zurückstehen.

Zudem fordert ein Teilnehmer, dass es keine zusätzlichen Hundenauslaufzonen mehr geben soll. Ein weiterer Teilnehmer weist auf eine Lichtung im Trittauer Staatsforst als besonders bedeutendes und markantes Landschaftselement hin, die im Landschaftsplan mit aufgenommen werden sollte.

Ein Teilnehmer appelliert an den Erhalt eines Teils des Waldes auf der „Bewegten Hügellandschaft“. Herr Dr. Liedl führt aus, dass aus landschaftsplanerischer Sicht zu einer formalen Waldumwandlung auf dem Gelände der „Bewegten Hügellandschaft“ geraten wird. Die erforderliche Umwandelungsgenehmigung ist bereits von der Unteren Forstbehörde in Aussicht gestellt worden. Damit wird die Fläche formal eine Parkanlage, bei der man die gesetzlichen Waldabstandsflächen von 25-30m umgehen kann. Teilweise sollten trotzdem schützenswerte Bäume (ab 63 cm Durchmesser, 2 m Umfang) erhalten werden. Diese werden derzeit bestimmt. Der Fokus liegt auf einer pflegeleichten Gestaltung und der Integration von Naturnähe in den Schulalltag. Der Erhalt eines Teiles der Bäume des Waldes wird forciert.



Abb. 14: Arbeitsgruppe Landschaft und Umwelt



Unter den Teilnehmern besteht weitgehend Einigkeit, dass das Rad-, Fuß- und Reitwegenetz weiter ausgebaut werden soll. Ein Teilnehmer führt an, dass man in Havighorst mehr Reitwege in der Feldmark schaffen sollte. Auch wird gefordert, dass ein Rad- und Fußweg entlang der Glinder Au entsteht. Die Glinder Au soll erlebbar gemacht werden. Frau Schultze-Böttcher erklärt, dass im Landschaftsplan eine Art Suchtrasse eingetragen werden kann. Dafür muss sich nicht festgelegt werden, ob der Weg im Norden oder Süden denkbar wäre.

#### **Zusammenfassende Punkte der Arbeitsgruppe:**

- Erhalt regionaler Grünzüge,
- Rad-, Fuß- und Reitwegenetz ausbauen, z.B. entlang der Glinder Au, Ausbau der Reitwege in Havighorst,
- Schutz der Glinder Au, Biotop Birkenhain und Forellenbach besonders wichtig,
- Keine weiteren Hundeauslaufzonen ausweisen.

## **4. Zusammenfassung und Schlussworte**

Die zentralen Diskussionspunkte der Arbeitsgruppen werden kurz von der Verwaltung vorgestellt. Anschließend bedankt sich Herr Höft (2. stv. Bürgermeister) für die rege Teilnahme und erläutert das weitere Vorgehen. Die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung werden protokolliert und der Politik vorgelegt. Einzelne Aspekte und Ideen der Bürger können so ggf. in die Planungen mit einfließen. Erst im nächsten Schritt wird der Vorentwurf des Flächennutzungsplanes erarbeitet, bei denen die Bürger im formalen Verfahren noch einmal die Möglichkeit haben, Stellung zu der Planung zu nehmen und ihre Anregungen und Bedenken einzubringen.

Herr Höft beendet die Veranstaltung um 21:00 Uhr.



**Abb. 15: Herr Höft bedankt sich für die rege Teilnahme**

## **5. Ergebnisse aus der Begrüßungswand**

An der Begrüßungswand hatten die Bürger die Möglichkeit, zu verschiedenen Fragen ihre Anregungen und Bedenken auf Kärtchen zu äußern und anzuhängen. Gleichzeitig wurde durch das Aufkleben von Punkten ein Stimmungsbild zu unterschiedlichen Thesen abgefragt.





Abb. 16: Begrüßungswand



Abb. 17: Diskussionen an der Begrüßungswand

Die Bürger sollten Punkte kleben, ob die Gemeinde wachsen soll und neue Wohngebiete ausweisen soll. 55 Personen haben sich für ein Wachstum und neue Baugebiete ausgesprochen. Weitere 13 haben „vielleicht“ gewählt und 153 Personen haben sich gegen ein Wachstum geäußert (siehe Abb. 18). Es bestand die Möglichkeit, Anmerkungen zu dieser Frage anzuhängen. So wurde angeregt, zunächst die vorhandenen Bebauungspläne zu ändern, um eine Verdichtung zu realisieren. Auch auf fehlende Angebote für Kinderbetreuung wurde hingewiesen. Leitlinien für ein soziales Miteinander sollten zudem entwickelt werden.

Auf dem nächsten Plakat sollten die Bürger Stecknadeln setzen, wo sie sich noch Baugebiete vorstellen können (siehe Abb. 19). Es wurden Flächen nördlich Breedenweg/ Hamburger Kamp sowie nördlich Heidlohe und westlich Birkenhain aufgezeigt. Weitere Stecknadeln wurden zwischen der Ortsmitte Oststeinbek und der Siedlung Meienhoop entlang der Möllner Landstraße sowie westlich Willhörn / Am Eich gesteckt. Für Gewerbeentwicklung wurden Stecknadeln östlich Bergstücken gesetzt. Im Ortsteil Havighorst wurden Flächen nördlich Dorfstraße / Am Steinbeker Hof sowie im östlichen Teil des Ortsteils (südlich Waldweg, nördlich/südlich Ziegleistraße, Verlängerung Am Ohlendiek) markiert.

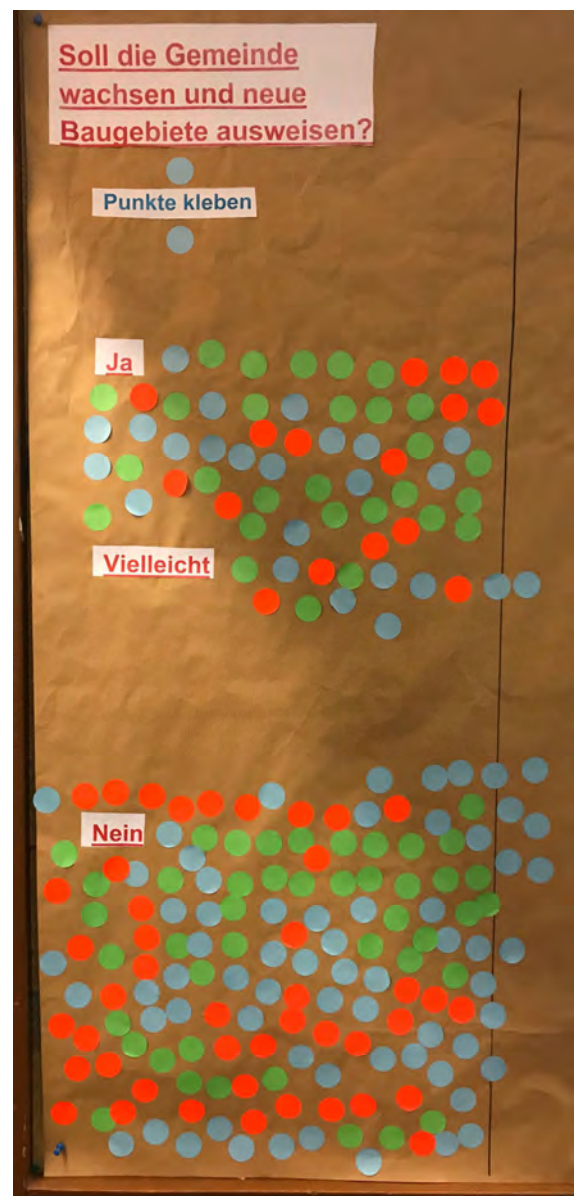


Abb. 18: Meinungsbild zum Wachstum der Gemeinde

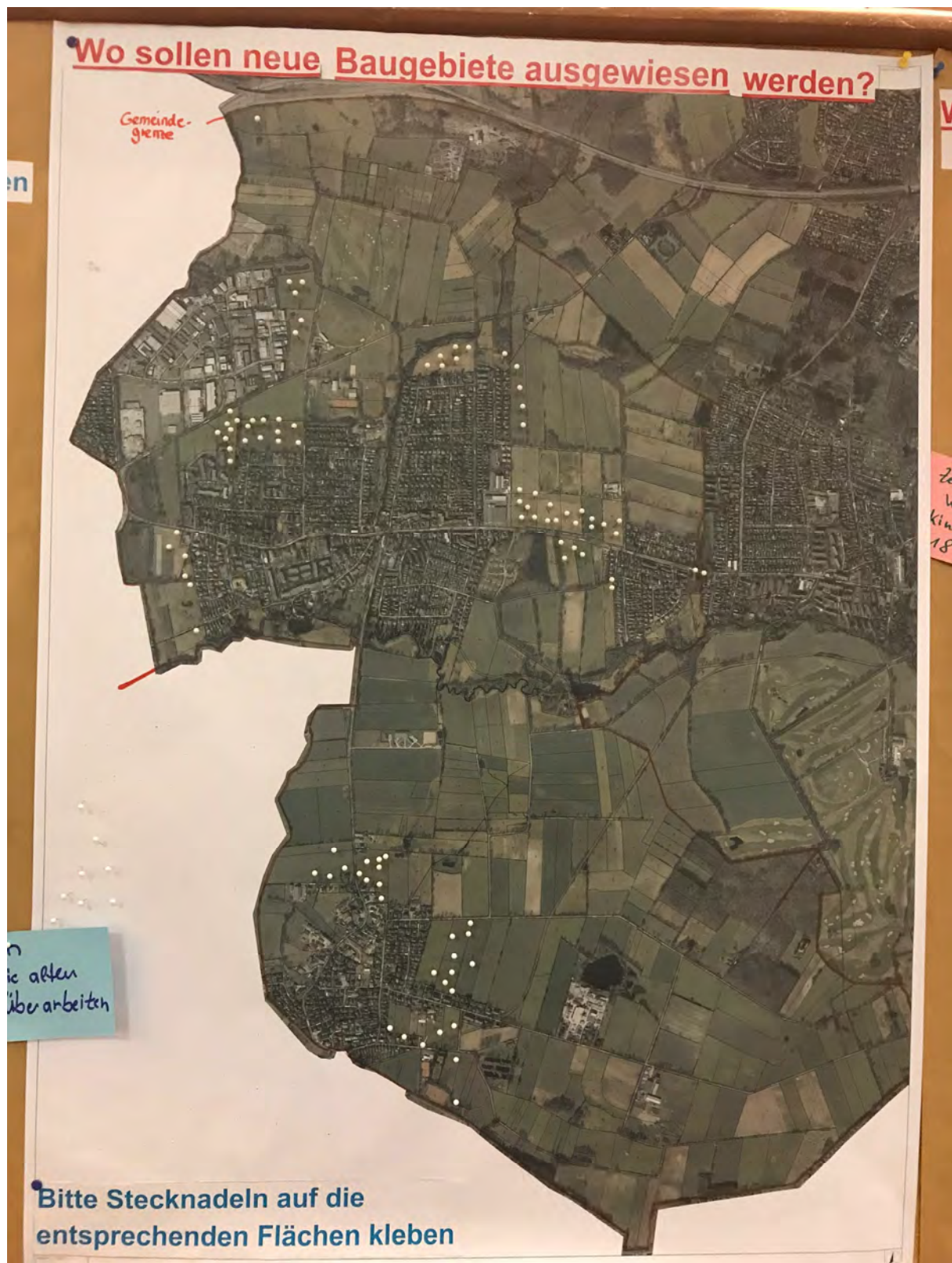


Abb. 19: Lageplan denkbarer neuer Baugebiete

Auf einem weiteren Plakat standen folgende vier Thesen: Erhalt des dörflichen Charakters Havighorsts, innerörtliche Maßnahmen zur Reduzierung der Verkehrsbelastung, Naherholung in der angrenzenden Feldmark und Aufwertung des Ortsbildes durch ein Gestaltungskonzept, bei denen die Bürger angehalten worden sind, Punkte im Hinblick auf die Bedeutung/Wichtigkeit festzulegen





(siehe Abb. 20). Alle Thesen wurden überwiegend als wichtig angesehen. Der Erhalt des dörflichen Charakters Havighorsts und die innerörtlichen Maßnahmen zur Reduzierung der Verkehrsbelastung stehen als besonders wichtig heraus.

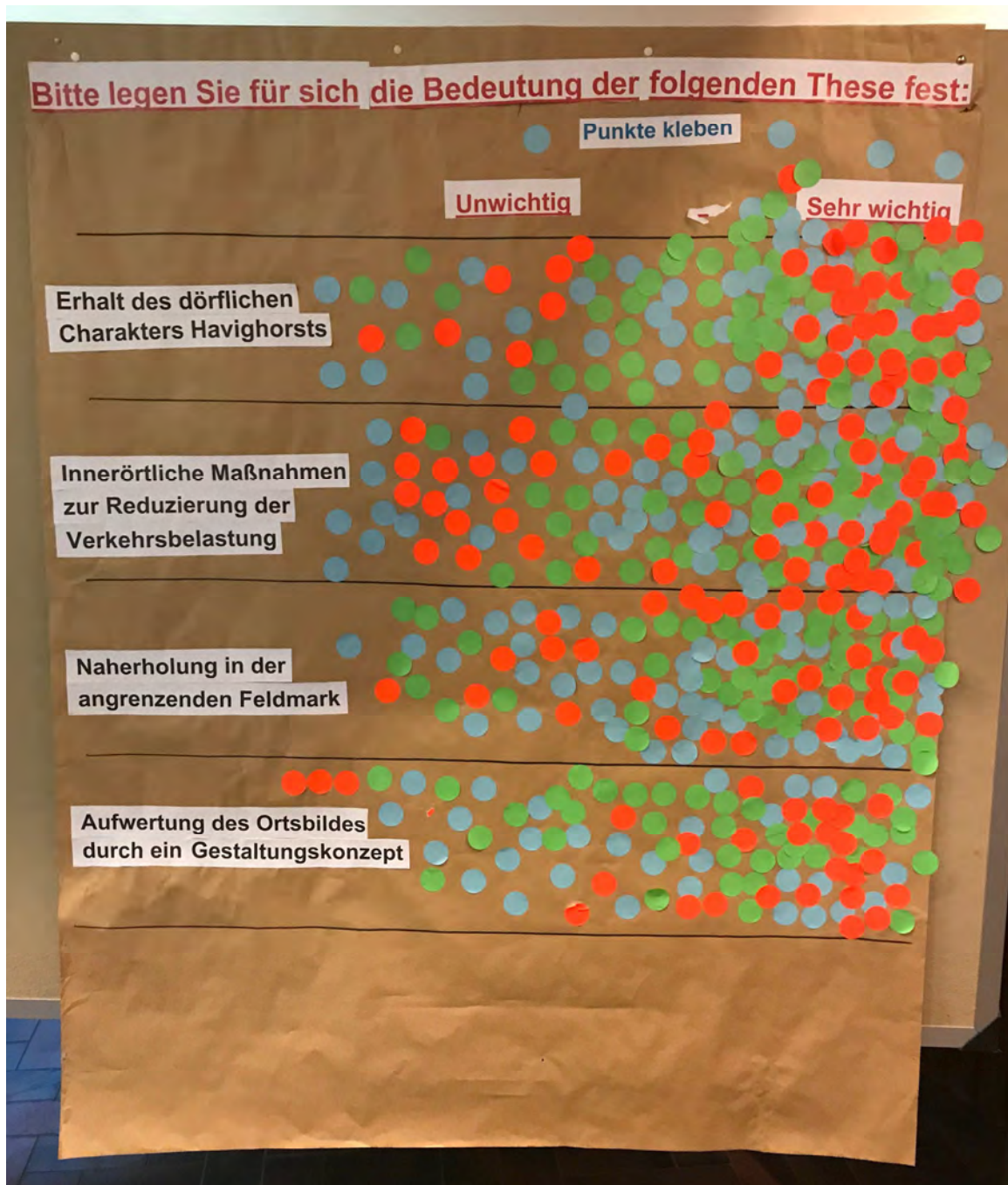


Abb. 20: Festlegung der Bedeutung verschiedener Thesen

Weiterhin wurden die Bürger angehalten, Konflikte und Probleme innerhalb der Gemeinde zu benennen. Folgende Aspekte zu verschiedenen Themen wurden genannt (siehe Abb. 21):





### Verkehr

- Verkehr (Mehrfachnennung), zu viel Verkehr,
- Verkehr Havighorst (Mehrfachnennung),
- Verkehrsbelastung auf der Möllner Landstraße / Überlastung,
- Lokaler Verkehr / Durchgangsverkehr,
- Verkehrszunahme, Probleme Schule, Kita usw.,
- Täglicher Stau, riesen Verkehrs- und Lärmbelastung,
- Umgehungsstraße notwendig (Mehrfachnennung),
- 60 km/h Durchschnittsgeschwindigkeiten sind zu viel an dieser Stelle. Autos fahren oft bei Rot über die Ampel,
- Über den F-Plan und Verkehr hinaus gibt es noch mehr Maßnahmen, z.B. B-Pläne, Carsharing, soziale Vernetzung usw.,
- Stormarnstraße/ Möllner Landstraße (Kreisverkehr ?),
- Die Ampelschaltung an der Möllner Landstraße Höhe Meienhoop ist nicht kindergerecht. Grün für Fußgänger dauert zu lange,
- Öffentlicher Parkraum,
- Zu viel Verkehr im Wiesenweg.

### Wohnen und Siedlungsentwicklung

- Bezahlbare Seniorenwohnungen,
- Sozialwohnungen fehlen,
- Der Ortscharakter geht verloren,
- Verlust des Dorfcharakters (Mehrfachnennung),
- Havighorst ist durch die Schuhmacher Wiese genug belastet,
- Lebenswerte Gemeinde in der Zukunft?,
- Grundstücksgrößen überdenken, wer kann heute noch Grundstücke mit 2.000 m<sup>2</sup> Größe bezahlen?,
- Warum wird die alte Schule nicht abgebrochen und auf dem Gelände neugebaut?,
- Endlich Schulneubau, die jetzige ist marode,
- Wachstum von Glinde beachten,
- Die Infrastruktur ist nicht mehr oder nur beschränkt ausbaufähig. Deswegen nicht wachsen.

### Soziales

- Die Verschlossenheit „alter“ Oststeinbeker gegen Neubau und damit gegen den Zuwachs junger Bürger und Familien,
- Keine Polizeiwache mehr,
- Hauseinbrüche steigen und Polizei wird verkleinert
- Überalterung.

### Natur und Umwelt

- Gewässerrandstreifen für Glinder Au und Forellenbach,
- Biotopverbund,
- Sauberkeit Grünstreifen,
- Verlust der Natur/Naherholung.



Abb. 21: Konflikte und Probleme innerhalb der Gemeinde

Auf dem nächsten Plakat sollten die Bürger auf Kärtchen schreiben, was sie sich für die Zukunft in Oststeinbek wünschen. Folgende Aspekte zu verschiedenen Themen wurden genannt (siehe Abb. 22):



### **Verkehr**

- Weniger Verkehr (Mehrfachnennungen)
- Entlastung der Möllner Landstraße
- Umgehungsstraße (Mehrfachnennung)
- Umgehungsstraße Nord,
- Zebrastreifen im Wiesenweg für Kinder (Schulweg), 1.800 Autos,
- Ampelschaltung für das Abbiegen vom Hamburger Kamp auf die Möllner Landstraße,
- Verkehrssicherheit,
- U-Bahnanschluss (Mehrfachnennung),
- Fahrradwege ausbauen,
- Fahrradweg nach Oststeinbek (sicher),
- Breiter Fahrradweg und Fußweg zwischen Oststeinbek und Havighorst (Mehrfachnennung),
- Untertunnelung der Möllner Landstraße,
- Taktung der Ampelschaltungen in Stoßzeiten/ Berufsverkehr verbessern,
- Lösung der Verkehrsprobleme auf der Möllner Landstraße,
- keine Ampeln sondern Kreisel,
- Ampel Am Ohlendiek,
- Keine Verkehrsschilder mehr, Miteinander klappt.

### **Wohnen und Siedlungsentwicklung**

- Seniorenwohnungen (dringend erforderlich) (Mehrfachnennungen),
- Flächen für Neubau,
- Oststeinbek sollte nicht weiter wachsen,
- Attraktives Zentrum,
- Alte Flächenpläne aktualisieren,
- Aufgelockerte neue Wohnflächen mit Rücksicht auf die „alten“ Bewohner,
- Havighorst soll bleiben wie es „heute“ ist (Mehrfachnennung),
- Havighorst soll sich nicht vergrößern,
- Erhalt des dörflichen Charakters in der Dorfstraße,
- Havighorst: Neubaugebiete töten Dorfcharakter,
- Modernisieren der Grundschule,
- Schule am alten Standort lassen,
- Keine Neubaugebiete in der Feldmark.

### **Soziales**

- Mehr Kita/ Krippenplätze,
- Eine weiterführende Schule,
- Tante Emmaladen,
- Mehr Aktivitäten für Kinder.

### **Natur und Umwelt**

- Weniger Lichtverschmutzung,



